



Bericht und Beschlussempfehlung

des Finanzausschusses

- a) Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die strategische Neuausrichtung der HSH**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2511

- b) Keine Gewinnausschüttung der HSH Nordbank für das Jahr 2008**

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2545

Am 25. März 2009 hat der Landtag über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2511 in erster Lesung debattiert und ihn federführend dem Finanzausschuss und zur Mitberatung dem Innen- und Rechtsausschuss sowie dem Wirtschaftsausschuss überwiesen. Außerdem hat sich der Landtag mit dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2545 befasst und ihn dem Finanzausschuss zur Beratung überwiesen.

Die drei Ausschüsse haben im Rahmen des Selbstbefassungsrechts bereits vor der ersten Lesung im Plenum mehrfach mit dem Finanzminister und dem Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank über die strategische Neuausrichtung und Kapitalisierung der HSH Nordbank beraten und am 19. März 2009 den Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und den Sprecher des Leitungsausschusses des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung angehört. Die Ausschüsse haben zuletzt am 2. April 2009 über den Gesetzentwurf Drucksache 16/2511 beraten.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Finanzausschuss im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Wirtschaftsausschuss sowie Innen- und Rechtsausschuss, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2511 unverändert anzunehmen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2545 in folgender Fassung anzunehmen:

„Keine Vergütung für streitige stille Beteiligungen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Vorstand der HSH Nordbank hat bei der Aufstellung des Jahresabschlusses für 2008 keine Vergütung für die streitigen stillen Beteiligungen in Höhe von 64 Millionen € beziehungsweise 200 Millionen € vorgesehen.

Der Landtag fordert die Vertreter der Landesregierung auf, in den Aufsichtsgremien dem entsprechenden Vorschlag zuzustimmen.“

Günter Neugebauer
Vorsitzender